

Offizielle Erklärung der Bundesluftwaffe
zu dem für die 90er Jahre geplanten Abzug der Sektoren

"Es ist eine selbstaufgelegte Verpflichtung, die örtliche Öffentlichkeit über geplante Veränderungen an den Standorten der Luftwaffe zu unterrichten. Diese Mitteilung erfolgt in Absprache mit den örtlichen Mandatsträgern und Behörden.

Es besteht Klarheit darüber, daß bei Veränderungen der Präsenzstärke an den langjährigen Standorten die Interessen der Öffentlichkeit stark berührt werden, zumal die Präsenz der Bundeswehr, insbesondere der Luftwaffe, in zweierlei Hinsicht für den Standort von Bedeutung ist:

- Die Soldaten und Zivilbeschäftigten der Luftwaffe sind ein Faktor im wirtschaftlichen Geflecht der Standorte.
- Über diesen Sachverhalt hinaus wird die Bundeswehr gerade in diesen Standorten für weite Teile der Bevölkerung als ein Bestandteil der Sicherheitspolitik und der Strategie der Verteidigung unseres Landes an den Grenzen im Falle einer Aggression angesehen.

Wirtschaftliche Erwägungen und durch Präsenz erzeugtes Sicherheitsempfinden können aber nicht allein zweckbestimmend sein, sondern auch der militärische Auftrag, der die Präsenz eigentlich begründet und legitimiert. Da es sich um Aufklärungseinrichtungen handelt, ist es offensichtlich verständlich, daß hier keine technisch oder Operationen präzisen Angaben gemacht werden können.

Untersuchungen über die Auftragserfüllung und Ressourcen in den 90er Jahren ergaben, daß

- das Personalaufkommen an benötigten Spezialisten auf absehbare Zeit sinken wird und
- das gegenwärtige System zunehmend Schwächen aufweisen wird, die nicht durch technische Investitionen vor Ort aufgefangen werden können.

Die Beurteilung der militärischen Lage ergab, daß die politischen Entwicklungen mit dem Trend zur ausgewogenen Abrüstung die Aufklärung nicht überflüssig machen werden. Im Gegenteil wird sie wegen ihrer Beiträge zur Verifizierung eher an

Bedeutung gewinnen. Zudem stellt sie einen wichtigen Bestandteil der Souveränität und des Selbstbehauptungswillen eines Landes dar. Im besonderen Fall der Bundesrepublik Deutschland, mit ihrer geographischen Randlage im atlantischen Bündnis, bleibt der Stellenwert der Abstandsaufklärung mit technischen Mitteln erhalten, muß aber auf neuartige Technik umgestellt werden. Die Folgerung der sich stetig öffnenden Schere zwischen Aufklärungsauftrag und den verfügbaren Ressourcen ist, daß eine Lösung nur in der

- örtlichen Konzentration der Kräfte der Automation von Mitteln und der
- Rationalisierung durch Einsatz zukunftssicherer Technik gesehen werden kann.

Der Stand der Technik gestattet in den 90er Jahren, daß

- Aufklärungssensoren über große Strecken fernbedient betrieben,
- Ergebnisse an zentralen Stellen bearbeitet werden und hierbei redundante Arbeiten entfallen können.

Die Luftwaffe wird diesen Weg im nächsten Jahrzehnt gehen müssen und kommt deshalb zu folgender planerischen Absicht:

- Die grenznahen Aufklärungseinrichtungen werden weitgehend automatisiert und mit erheblich weniger Personal betrieben,

das frei werdende Personal wird an Standorten im Norden bzw. Süden der Bundesrepublik Deutschland zur Bearbeitung des umfangreichen und komplexen Meldungsanfalls konzentriert,

- das bodengestützte System wird durch fliegende Komponenten ergänzt werden.

Am Standort Großenbrode, Neu Tramm, Osterode, Wunsiedel, Kötzing verbleiben ca. 20 Soldaten der Luftwaffe und ca. 50 zivile Mitarbeiter. Dies sind überwiegend längerdienende Kräfte. Die Einsatzstellungen bleiben erhalten, mit modernem

Kommunikationsgerät ergänzt, die derzeitigen Baumaßnahmen werden zu Ende geführt .

Die Kasernen sollen anderen Truppenteilen der Bundeswehr zur Mitbenutzung übergeben werden. Es gibt hier intensive Untersuchungen im BMVg, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Die Faktoren Wirtschaftskraft und Präsenz im grenznahen Raum leiten die Untersuchungen.

Die personelle Umstellung wird sich nicht schlagartig, sondern Einsatzstellung pro Einsatzstellung und für jede Einsatzstellung über ein bis zwei Jahre verteilt ab Anfang der 90er Jahre bis 1996 vollziehen.

Am Standort Osnabrück, Feuchtwangen wird es einen kräftigen Personalaufwuchs auf ca. 900 Mann und umfangreiche Bauarbeiten in den Kasernen geben. Verstärkung und Bau ziehen sich über mehrere Jahre hin, voraussichtlich 1990 bis 1996."

Quelle:

Artikel „Bedrückende Nachricht von der Bundeswehr – Fernmeldesektor F muß Kötzing verlassen“

vermutl. Kötztlinger Zeitung, Datum unbekannt